

## Korrektur:

Eine Anwohnerfamilie hat sich im «Stadtblatt» vom 20. Januar über die Fuchsplage am Rosenberg beschwert. In den Pünten unterhalb des Friedhofs Rosenberg sei seit zwei Jahren der Teufel – sprich: der Fuchs – los, schrieb die Autorin. Zwei Füchsinnen mit fünf Jungen tummelten sich nachts im Friedhof-Areal herum, bohrten Löcher in die Erde und rissen die Kerzen weg. So der Inhalt des Leserbriefs. Dumm, dass er nicht so gedruckt wurde, **dass die Redaktion aus den «fünf Jungen» fälschlicherweise fünf Jahre machte**, was offenbar einen Leser irritierte. So wurde der Anwohner in der Stadt von einem Bekannten angesprochen: «Seit wann sieht ein Laie den Füchsen das Alter an, und erst noch aus der Ferne?» Tja, Entschuldigung. **blu.**

## Dankbarkeit für das Lesevergnügen.



Bild: blu.

**L**iebe Macher des «Stadtblatts». Ich möchte mich herzlich für das Lesevergnügen bedanken, das ihr mir bereitet habt. Die zweite Ausgabe der neuen Sonntagszeitung war für mich die erste, aber von jetzt an werde ich keine Nummer mehr verpassen. Ich freue mich jetzt schon auf die künftigen Artikel und hoffe, sie werden wieder alle lesenswert sein und über den Sonntag hinaus anregen, während die Beiträge in den übrigen Gratis-Zeitungen Eintagsfliegen gleichen. Eigentlich halte ich nicht viel von Kollektiv-Emotionen, wie sie uns bei Sportereignissen vorgeführt werden. Die Jubler am Rand schauen nur zu und leisten selber nichts. Ich trug auch nichts bei zum Erfolg des «Stadtblatts», trotzdem freue ich mich und bin irgendwie stolz, dass in einer Stadt mit knapp hunderttausend Einwohnern wöchentlich so viel Gutes geschrieben und gratis, aber sicher nicht vergebens, unter sie und ihre Freunde gebracht wird. Mit den besten Wünschen für das weitere Gedeihen des «Stadtblatts» grüsse ich Euch. **Armin Aeschbach**, Elgg.

**Z**ur «Carte blanche» im «Stadtblatt» vom 13. Januar: Ihr Beitrag zur Sterbebegleitung las ich mit höchstem Interesse, weil mich drei Bereiche speziell berührten. Erstens: Reichtum und Tod haben eines gemeinsam. Man spricht nicht darüber. Reichtum mag wundervoll oder verwerflich sein, aber der Tod ist unausweichlich. Gerade deshalb lässt sich damit trefflich Angst erzeugen, um Gläubige zu unterwerfen im Sinne einer von Menschen gemachten Religion. Wenn Glaubensführer aller Couleur behaupten, ihr Gott befehle den Gang aller Menschen von A bis Z, so könnte es ja sehr wohl möglich sein, dass ebendieser Gott einem Erdenbürger den Befehl erteilt hat,

jetzt eine Tablette zu nehmen, um zu sterben. Ketzerisch, nicht wahr? Zweitens: Ihrer Feststellung zur Doppelmoral bei der Sterbebegleitung kann ich beipflichten. Da ist aber noch etwas anderes. Ich empfinde es gar nicht so «würdelos», auf einem Parkplatz im Walde zu sterben, immerhin gibt es hunderte schöner Parkplätze im grünen Walde, in steiler Bergeshöhe, an blauen Seeufern oder auf sanften Wiesen, wo Sterben hundertmal würdevoller sein kann als in einem weissen, sterilen Krankenzimmer. Wenn Mensch Teil der Natur sein soll, warum dürfte er nicht auch dort sterben? Es müsste ja nicht zwingend in einem Auto passieren, der frei gewählte Tod könnte auch in weichem Moos oder warmem Sand am Strand geschehen. Drittens: Die Palliativmedizin kann Schmerzen lindern, aber irgendwo stösst auch sie an ihre Grenzen. Es entscheiden dann meistens weisse gekittelte Menschen, im noch schlimmeren Fall irgendwelche Finanzmenschen über das Ableben der Patienten. Diesen Zustand empfinde ich als menschenunwürdig. Mit bestem Dank für Ihre kritische Beleuchtung des selbst gewollten Sterbens und herzlichen Grüßen: **Paul Brawand**, Winterthur.

**Z**um Leserbrief «Die Exekutive dient dem Parlament» im «Stadtblatt» von 13. Januar: Der Leserbrief von Pierre Boción ist eine reine Hasstirade gegen Christoph Blocher und gehört in die unterste Schublade. Ich wundere mich, dass das «Stadtblatt» diese Schimpfwörtersammlung angenommen hat. Was Herr Blocher in seinen vier Amtsjahren als Bundesrat geleistet hat, kann ihm niemand absprechen. Es muss erst einmal einer kommen, der diese Leistungen vorbringt. Vorläufig – wie lange noch, wissen wir nicht – hat jeder Schwei-

zer Bürger das Recht auf freie Meinung und auch dazu, sich zu äussern. Nur sollte man dies mit einem gewissen Mass von Anstand tun. Bei dem Schildbürgerstreich, der zu Blochers Abwahl führte, haben ausgerechnet die sogenannten «christlichen Parteien» EVP und CVP die Fahnen in den Wind gehalten und dabei das Zünglein an der Waage gespielt. Das ist kein Ruhmesblatt für diese, und sie werden vielleicht die Quittung dafür bekommen, ehe sie daran denken. Wenn Herr Boción von schlechten Verlierern sprechen will, möchte ich ihm raten, in den Spiegel zu schauen. **Niklaus Amacker**, Winterthur.

**D**er Bedarf an bisher gelieferter Information zu, über, mit, von Blocher ist gedeckt. Jene 85 bis 88 Prozent der Stimm- und Wahlberechtigten, welche nicht SVP wählen und nicht wie sie stimmen, dürfen nicht länger gegen ihren Willen mit solchem Wort- und Bildmaterial überschüttet werden. Sie haben in Zehntausenden von Mails und Briefen die Parlamentarier aller anderen Parteien angefleht, Blocher aus der Regierung zu entfernen. Auch, um nichts mehr sehen und hören zu müssen über und von ihm. Ihnen darf auch kein aggressiver Märtyrer aufgedrängt werden. Wer das Bisherige weiterhin will, kann die «Schweizerzeit» und die «Weltwoche» lesen, «Blocher-TV» und «Tele Züri» schauen. Dazu können alle andern nicht gezwungen werden. Allerdings: Tiefgründiger Recherchiertes zu Blocher fehlt weitestgehend. Da ist der Bedarf nicht gedeckt. Soziologen, Psychologen, Politologen, Ethiker, Historiker und andern Denkenden und Schreibenden würde Qualitativeres verdankt. Erst dann ist das Kapitel Blocher abgeschlossen. Hoffentlich geschieht das bald. **Werner Willi**, Zürich.

# Blair und Rice am Wef beschützen?

In Davos werden 5000 Schweizer Soldaten das Wef bewachen und beschützen. Den Himmel über Davos überwacht die Luftwaffe in Zusammenarbeit mit Österreich, mit FA/18-Kampffjets und Helikoptern. Im Notfall kann der Schweizer Verteidigungsminister Samuel Schmid das Feuer eröffnen und Flugzeuge abschiessen lassen. Dieser Einsatz

der Schweizer Armee in Davos ist mit der Neutralität nicht vereinbar. Wen beschützen die Soldaten? Unter anderem den früheren britischen Premierminister Tony Blair. Blair unterstützte als Staatschef 2001 vehement, mit Soldaten und Bomben, den sogenannten Krieg gegen den Terror der USA. Ist es die Aufgabe der neutralen Schweizer

Armee, solche Politiker an privaten, gewinnorientierten Veranstaltungen zu beschützen? Meiner Meinung nach sollte man Leute wie Blair für solche Veranstaltungen nicht in die Schweiz einreisen lassen, so wenig wie die US-Aussenministerin Condoleezza Rice. Das Gefangenenlager in Guantanamo ist noch im Betrieb. **Heinrich Frei**, Zürich.

# Meinungsvielfalt und Steuerreform.



Intermezzo.

Die Idee einer Gratis-Sonntagszeitung für Winterthur ist genial. Ich wünsche dem «Stadtblatt»-Team viel Erfolg. Bereits konnten Leser wie Walter Baltensperger zurückgewonnen werden, was mich besonders freut, da er sich mehr SVP im Blatt wünscht. Ich hoffe, dieser Wunsch wird ihm bald erfüllt. In den letzten Jahren war ich die einzige Vertreterin der SVP, die im linksliberalen «Stadtblatt» eine Kolumne schreiben durfte, wobei ich liberal im Zusammenhang mit links auch nicht nachvollziehen kann. Der «Stadtblatt»-Macher hält die freie Meinungsäusserung hoch, deshalb wollte er meine Kolumne, die er inhaltlich zwar nicht unterstützt, auch weiterhin in seinem Blatt haben, obwohl einige Leser gegen mich unter der Gürtellinie protestiert und gar das Abo abbestellt hatten.

Ich hoffe, mit der Verteilung in alle Briefkästen gewinnt das «Stadtblatt» neue und auch bürgerliche Leser hinzu. Hierzu ist es aber nötig, dass mehr SVP- und vernünftige FDP-Leute zu Wort kommen. Denn die Kolumnisten sind vorwiegend in der SP und bei den Grünen zu Hause, und bekannte FDP-Kolumnisten bezahlen wohl ihren Mit-

gliederbeitrag bei der FDP, das Herz schlägt aber links der Mitte. Wie wäre es, wenn neben alt Bundesrat Rudolf Friedrich auch alt Bundesrat Christoph Blocher eine Kolumne erhalten würde? Dies würde doch zur richtigen Meinungsvielfalt beitragen und die Leserzahlen würden garantiert in die Höhe schnellen.

Es ist mir ein Anliegen, in meiner ersten Kolumne im neuen Jahr für die Unternehmenssteuerreform, über die wir am 24. Februar abstimmen, zu werben. Über 99 Prozent der Schweizer Unternehmen sind KMU. Sie haben weniger als 250 Angestellte. Sie zeichnen sich aus durch hohe Innovationskraft und Flexibilität. Diese rund 300 000 Betriebe bieten über 2 Millionen Arbeitsplätze: Über zwei Drittel aller Schweizer arbeiten in einem KMU. Diese Gewerbebetriebe leisten einen entscheidenden Beitrag an den Wohlstand in der Schweiz und sind das Rückgrat der schweizerischen Volkswirtschaft. Aber gerade die KMU leiden unter der ständig zunehmenden Bürokratie und Steuerbelastung. Genau darum ist die Unternehmenssteuerreform II – die «KMU-Steuerreform» – eine so wichtige Vorlage. Besonders störend ist die heutige doppelte Besteuerung der KMU, die sich in der Form einer Kapitalgesellschaft organisieren. So werden heute etwa die Gewinne von Aktiengesellschaften zweimal besteuert: Die Unternehmung muss einerseits auf dem Reingewinn Unternehmenssteuern zahlen, andererseits muss der Aktionär Einkommenssteuern für die ausgeschüttete Dividende entrichten. Die KMU-Steuerreform mildert diese ungerechte, aber auch schädliche Dop-

pelbelastung. Neu werden Dividenden nur noch teilweise besteuert. Voraussetzung ist eine Beteiligung von mindestens 10 Prozent: Man will also die wirklichen Unternehmer entlasten. Entgegen den Behauptungen der Gegner dieser Vorlage wird nicht jeder Nestlé- oder UBS-Aktionär entlastet. Manager der Grosskonzerne wie Marcel Ospel oder Daniel Vasella haben bei Weitem keine 10-Prozent-Beteiligung, weshalb sie von dieser Entlastung nicht profitieren. Die KMU-Steuerreform beseitigt auch weitere übermässige Steuerbelastungen und fördert Investitionen.

Unser Steuersystem wirkt sich vor allem auch bei Nachfolgeregelungen oder Umstrukturierungen von Firmen nachteilig aus. Durch hohe Steuerforderungen wird der Verkauf eines Betriebs erschwert. 52 000 KMU stehen in den nächsten Jahren vor der Nachfolgeregelung. Mehr als 10 000 dürften gemäss einer Studie den Generationenwechsel nicht schaffen. Über 55 000 Arbeitsplätze und Lehrstellen drohen verloren zu gehen. Die KMU-Steuerreform schafft auch hier Abhilfe, indem sie durch gezielte Entlastung flexiblere Nachfolgeregelungen oder Neuausrichtungen von Betrieben erlaubt. Ich hoffe für den Wirtschafts- und Werkplatz Schweiz, dass die KMU-Steuerreform deutlich angenommen wird. So schaffen wir Wachstum, Arbeitsplätze, Lehrstellen und Wohlstand. Und so stärken wir den Standort Schweiz im internationalen Wettbewerb. Auch für Winterthur ist die Annahme der KMU-Steuerreform von grosser Bedeutung, gibt es in Winterthur doch rund 5000 KMU-Betriebe! **Natalie Rickli**.

Blaukreuz-  
Brocken-  
stube



Gratis  
Abholdienst

Haus-  
räumungen

Unsere Öffnungszeiten:  
Dienstag bis Freitag,  
14 bis 18 Uhr,  
Samstag, 9 bis 16 Uhr.

Fröschenweidstrasse 12  
8404 Winterthur  
052 233 24 25

Blaves  
Kreuz